

**Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses
am Mittwoch, dem 22.02.2006, in Warendorf**

Beginn: 09:00 Uhr

Ende: 11:45 Uhr

	Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1. Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht 018/2006	4
2. Rechtliche Grundlagen von Stiftungen 021/2006	6
3. Aufgaben des Amtsapothekers bei der Kreisverwaltung 020/2006	7
4. Budgetbewirtschaftung hier: Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit 023/2006	8
Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion vom 15.02.2006 zur Situation bezüglich der Vogelgrippe	9

Anlagen

- Anlage 1 Antrag auf Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Abschiebung der Familie N'finda“ der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22.02.2006
- Anlage 2 Bericht der Geschäftsführung der ARGE Kreis Warendorf
- Anlage 3 Rechtsfähige und Nichtrechtsfähige Stiftungen
- Anlage 4 Die Aufgaben des Amtsapothekers
- Anlage 5 Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion vom 15.02.2006
- Anlage 6 Vogelgrippe – Eine Einschätzung der aktuellen Situation aus veterinärmedizinischer Sicht
- Anlage 7 Flyer des Gesundheitsamtes und des Veterinär- u. Lebensmittelüberwachungsamtes mit Informationen zur Vogelgrippe

Anwesend:

Vorsitz	
Tünte-Poschmann, Hildegard	
Ausschussmitglieder	
Birkhahn, Astrid	
Grabenmeier, Hildegunde	
Hein-Kötter, Dorothea	
Hohmann de Palma, Ingrid	
Holz, Günter	
Hörnemann, Josef	
Mors, Annette	
Schmidt, Ulrike	
Steiner, Hans-Rüdiger	
Strohbücker, Josef	
Strübbe, Robert	
Wartala, Franz-Jörg	
Wiemann, Norbert	Vertretung für Herrn Gregor Stöppel
Wördemann, Christiane	
von der Verwaltung	
Börger, Heinz Dr.	
Kleickmann, Antonius Dr.	
Krüßen, Helmut	
Schabhüser, Helmut	
Schmiele, Angelika	
Schulze-Kalthoff, Norbert Dr.	
Schürmann, Brigitte	
Gäste	
Pricibilla, Arnd	
Wapelhorst, Peter	

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Stöppel, Gregor

Frau Tünte-Poschmann eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Sozialausschuss mit Einladung vom 10.02.2006 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Frau Tünte-Poschmann verpflichtet das Ausschussmitglied Herrn Josef Strohbücker, der nicht Mitglied des Kreistages ist, zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben.

Seitens der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen wird ein Antrag gem. § 10 der Geschäftsordnung des Kreistages auf Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Abschiebung der Familie N'finda“ vorgelegt (Anlage 1).

Frau Hohmann de Palma erklärt, dass es sich um einen Dringlichkeitsantrag nach § 10 der Geschäftsordnung handele.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass die Tagesordnung nicht gem. § 10 der Geschäftsordnung um diesen Punkt erweitert werden könne. Es handele sich nicht um einen Fall von äußerster Dringlichkeit. Der Antrag hätte daher innerhalb der Frist von 14 Tagen vor der Sitzung gestellt werden müssen.

Fristgerecht eingegangen seien die entsprechenden Anträge der SPD-Kreistagsfraktion für die Sitzung des Kreisausschusses sowie der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen für die Sitzung des Kreistages.

Herr Dr. Börger weist auf § 26 der Geschäftsordnung hin, wonach für die Dauer einer Sitzung durch einstimmigen Beschluss von einzelnen Bestimmungen der Geschäftsordnung abgewichen werden kann.

Frau Tünte-Poschmann lässt darüber abstimmen, ob von der Geschäftsordnung abgewichen werden soll:

Abstimmungsergebnis: Ja 5 Stimmen
Nein 10 Stimmen

I. Öffentlicher Teil

1.	Arbeitsgemeinschaft SGB II im Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	018/2006
-----------	----------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Herr Wapelhorst, Geschäftsführer der ARGE Kreis Warendorf, erläutert den aktuellen Sachstand

- zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften,
- zur Zahl der Bedarfsgemeinschaften von November 2005 bis Januar 2006 / Aufteilung auf die Städte und Gemeinden des Kreises,
- zur Zahl der Abgänge bei den Bedarfsgemeinschaften,
- zum Abgang von SGB II-Kunden in Erwerbstätigkeit im Dezember 2005 (Bundesweites Ranking des Kreistyps 6),
- zur Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit (Jugendliche von 15 – 25 J.) im Kreis Warendorf

sowie

- die Ziele der ARGE,
- die Maßnahmenplanung 2006,
- den Arbeitgeberservice und
- den Haushalt 2006.

(Anlage 2)

Zu den unterschiedlichen Zahlen zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften führt Herr Wapelhorst aus, dass diese durch die verschiedenen Statistiken der Arbeitsagentur (Programm A2LL) sowie der ARGE entstehen. Die tatsächliche Zahl liege wahrscheinlich bei ca. 9.200 Bedarfsgemeinschaften.

Herr Wapelhorst hebt hervor, dass der Kreis Warendorf hinsichtlich des Abgangs von SGB II-Kunden in Erwerbstätigkeit im Dezember 2005 im bundesweiten Ranking des Kreistyps 6 (verdichtete Kreise im verstädtertem Raum) auf Rang 9 liege. Er kündigte Gespräche mit dem auf Rang 3 platzierten Kreis Soest zum Erfahrungsaustausch an.

Zur Maßnahmeplanung erklärt Herr Wapelhorst, dass bei den Brückenjobs noch eine höhere Auslastung wünschenswert sei. Diese Brückenjobs böten die Möglichkeit, Langzeitarbeitslose wieder an Arbeit zu gewöhnen.

Frau Mors erinnert daran, dass die zur Verfügung stehenden Mittel in 2005 nicht komplett verausgabt werden konnten. Sie fragt nach den entsprechenden Planungen für 2006.

Des Weiteren bittet sie um Mitteilung des derzeitigen Standes bei der Besetzung der Stellen der ARGE sowie zum Einsatz von Saisonarbeitern z.B. für Spargel- und Erdbeerernte.

Herr Wapelhorst hofft, dass eine Rückgabe von Fördergeldern nicht erfolgen müsse. Er betont jedoch, dass nur sinnvolle Ausgaben getätigt würden, auch wenn dadurch am Jahresende Mittel verfallen.

Hinsichtlich der Stellenbesetzung führt er aus, dass von den 35 Fallmanager-Stellen ab Mitte März 2006 noch 22 besetzt seien. Der Fallschlüssel von derzeit 1 : 75 (1 Fallmanager zuständig für 75 Bedarfsgemeinschaften) solle nicht geändert werden. Es werde qualifiziertes Personal benötigt, daher würden noch Gespräche mit den Trägern der ARGE geführt.

Zur Situation bei den Saisonarbeitern erläutert Herr Wapelhorst mit, dass lt. Gesetz 20 % der Saisonarbeiter Deutsche sein müssen, max. 80 % ausländische Arbeiter. In absoluten Ausnahmefällen sei der Einsatz von 100 % ausländischen Arbeitern möglich.

Herr Dr. Börger dankt Herrn Wapelhorst und den hochmotivierten Mitarbeitern der ARGE für ihre Arbeit, die sie für die 9.200 Bedarfsgemeinschaften mit ca. 19.000 Menschen im Kreis geleistet haben.

Abschließend weist Herr Dr. Börger darauf hin, dass ein Entwurf zur Änderung des Ausführungsgesetzes NRW zum SGB vorsehe, dass die Städte und Gemeinden künftig an den Unterkunftskosten beteiligt werden können. Diese Regelung werde von den Bürgermeistern der Städte Ahlen und Beckum abgelehnt.

2. Rechtliche Grundlagen von Stiftungen**021/2006**

Herr Pricibilla, Städte-Netzwerk NRW, erläutert

- das Leistungsangebot zum Thema „Bürgerstiftungen“,
- die Ausgangslage im Kreis Warendorf,
- die rechtsfähige Stiftung,
- die nichtrechtsfähige Stiftung,
- die örtliche Stiftung,
- das Einbringen von Gemeindevermögen in eine Stiftung,
- die Grundlagen und Merkmale einer Bürgerstiftung,
- Zahlen, Daten, Fakten und Arbeitsweise von Bürgerstiftungen,
- die Bielefelder Bürgerstiftung und deren Projekte,
- die Bürgerstiftung Gempt, Lengerich und
- die Voraussetzungen für ein Bürgerengagement
(Anlage 2).

Herr Pricibilla weist darauf hin, dass Kreise die Gründung von Bürgerstiftungen wirkungsvoll initiieren, fördern und unterstützen können. Hierzu bietet er die Hilfe des Städte-Netzwerkes NRW an.

Frau Hohmann de Palma teilt mit, dass seitens der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen der Antrag auf Gründung einer Stiftung gestellt wurde. Der Kreis solle die Gründung initiieren.

Herr Pricibilla weist darauf hin, dass sich die Bürger ein Identifikationsobjekt benötigen, wenn sie sich engagieren sollen. Darum müsse die Stiftung auf eine bestimmte Region oder Kommune bezogen sein.

Herr Dr. Börger führt aus, dass im Kreis Warendorf ein breites Unterstützungsangebot an Fördervereinen bestehe. So habe z.B. fast jede Schule einen Förderverein. Auch seien Fördervereine z.B. für das Haus Nottbeck oder das Museum Abtei Liesborn vorhanden.

Frau Tünste-Poschmann schlägt vor, das weitere Vorgehen zunächst in den Fraktionen zu beraten.

Sie bedankt sich bei Herrn Pricibilla für dessen Ausführungen.

3. Aufgaben des Amtsapothekers bei der Kreisverwaltung**020/2006**

Herr Krüßen, Amtsapotheker der Kreise Warendorf und Steinfurt, erläutert seine Aufgaben anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage 4).

Er weist insbesondere auf die Genehmigung zur vertraglichen Heimversorgung gem. § 12 ApoG hin. Die Heimträger schließen Verträge mit den Apotheken ab, diese übernehmen dann die Betreuung der Arzneimittel. Es bestehe auch die Möglichkeit, Verträge mit verschiedenen Apotheken für jeweils einen Wohnbereich eines Heimes abzuschließen.

Im Kreis Warendorf bestünden über 30 Heimversorgungsverträge.

4.	Budgetbewirtschaftung hier: Inanspruchnahme der gegenseitigen Deckungsfähigkeit	023/2006
-----------	----------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Frau Schmiele erläutert die Vorlage und gibt folgende ergänzende Hinweise.
Die derzeitige Fallzahl bei der Krankenversorgung nach dem LAG von 21 wird sich künftig weiter verringern.

Leistungen der Grundsicherung außerhalb von Einrichtungen handele werden in rd. 1.200 Fällen erbracht.

Abschließend nehmen Herr Dr. Kleickmann und Herr Dr. Schulze Kalthoff zur Anfrage der FDP-Kreistagsfraktion vom 15.02.2006 (Anlage 5) zur Situation bezüglich der Vogelgrippe Stellung.

Herr Dr. Kleickmann beantwortet die mit o.g. Anfrage gestellten Fragen wie folgt:

Zu Frage 1.:

Im Rahmen der Umsetzung des gemeinsamen Runderlasses des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW und des Innenministeriums NRW vom 15.11.2005 wurden unter Beteiligung aller bei der Gefahrenabwehr notwendigen Ämter der Kreisverwaltung Vorbereitungen für ein lokales Krisenzentrum getroffen, das beim Eintreten des Krisenfalles (hier: Auftreten der Geflügelpest oder eines Verdachtsfalles) unverzüglich seine Arbeit aufnimmt. Hierdurch solle eine koordinierte, schlagkräftige Bekämpfung dieser auch auf Menschen übertragbaren Tierseuche erreicht werden.

Im Vorfeld wurden Bestandsdaten der Geflügelhalter elektronisch erfasst und die Betriebe verortet. Dadurch werde eine schnelle EDV-gestützte Festlegung von Restriktionsgebieten sichergestellt.

Zur Auffüllung personeller und sächlicher Ressourcen sei eine interkommunale Zusammenarbeit mit 14 Kommunen aus Ostwestfalen und dem benachbarten Niedersachsen verabredet, eine entsprechende Vereinbarung steht kurz vor dem Abschluss.

Zu Frage 2.:

Zur Durchsetzung der Aufstallungspflicht sei der Kreis auf die Mithilfe der Bevölkerung angewiesen. Hinweise würden überprüft. Missstände würden durch ordnungsbehördliche Maßnahmen bekämpft.

Zu Frage 3.:

Diese Frage wird verneint.

Die gemeinsame Aufstallung von Hühnern und anderen Nutztieren finde im Münsterland kaum noch statt. Dieser Punkt werde aus allgemeinen hygienischen Gründen (u.a. Salmonellengefahr) bei Kontrollen aus anderem Anlass mitberücksichtigt.

Eine Einschätzung der aktuellen Situation aus veterinärmedizinischer Sicht ist als Anlage 6 beigefügt.

Herr Dr. Schulze Kalthoff verteilt einen Info-Flyer mit Informationen zur Vogelgrippe (Anlage 7).

Er weist darauf hin, dass eine unverändert niedrige Gefährdungslage für Menschen besteht.

Frau Tünte-Poschmann schließt die Sitzung um 11.45 Uhr.

Hildegard Tünte-Poschmann
Vorsitzende

Dr. Heinz Börger
Schriftführer